Die Porträts der Künstlerin sind in mehrfacher Hinsicht Störbilder (...) hinter dem Verborgenen steckt immer noch eine weitere verborgene Ebene. Dies ist die schattenreiche, schemenhafte Kehrseite unserer durchvisualisierten Wirklichkeit, die eine „überbelichtete Welt ohne tote Winkel" suggeriert, tatsächlich aber in Zonen des Zwielichts operiert.
Belinda Grace Gardner

Texte
Michael Behn
Dr. Belinda Grace Gardner
Dagrun Hintze
Prof. Dr. Manfred J. Holler
Elfriede Jelinek
Tania Kibermanis
Katharina Kohl
Lutz Kramer
Dirk Laabs
Dirk Liedtke
Claudia Postel
Petra Schellen

Fotos
DG. Reiß
Sybille Zettler

BUCHAUSZUG

Bildarchiv Chronologischer Index
Die Protagonisten der Personalbefragungen
im Kontext NSU

Personalbefragung ***Personnel Survey*** **Katharina Kohl**

Katharina Kohl

Personalbefragung
Innere Sicherheit

Personnel Survey
Homeland Security

Der folgende Text entstand im Rahmen der Einzelausstellung
Personalbefragung / Blickraum Innere Sicherheit
9. Februar 2018 - 21. April 2018, **galerie postel**, Hamburg.

Er war dafür gedacht, der Galerie einen Weg durch das Dickicht meiner Recherche zu bahnen. Gleichzeitig sollten die wichtigsten Informationen zu den Ermittlungen zum NSU-Komplex auf verständliche Weise zusammengefasst werden. Die Galerie wurde dadurch in die Lage versetzt, auch außerhalb meiner zahlreichen Ausstellungsgespräche im Verlauf der Ausstellung, dem Publikum eine Orientierung zu ermöglichen.

>> Chronologischer Index zu den 40 Portraits von ausgewählten Personen aus dem Bereich Innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der Länder.

Hintergrund:

„Die Umstände im Zusammenhang mit dem NSU-Komplex eröffnen die Chance, in den sonst abgeschirmten Bereich der Inneren Sicherheit Einblick zu nehmen. Durch die parlamentarische und juristische Aufarbeitung werden die Protagonisten zu Personen des öffentlichen Interesses. Es sind die Staatsanwälte, Staatssekretäre, Ministerialräte, Polizei-Kommissare, Mitarbeiter und Präsidenten der Verfassungsschutzämter, die für die Innere Sicherheit dieses Landes verantwortlich sind. Strukturelle Probleme ließen sich, wenn gewollt, politisch lösen. Die Umsetzung dieser Strukturen findet aber im „Normalbetrieb“ in den Ämtern und Dienstellen statt. Dort wird gewirkt und gestaltet.
Die von mir ausgewählten Personen waren unmittelbar mit dem NSU-Komplex befasst. Manche stehen stellvertretend für staatliches Versagen, andere für erlittene Behinderung bei ihrer Ermittlungsarbeit.
Die systematische malerische Betrachtung Einzelner aus einer ausgewählten gesellschaftlichen Gruppe, in einem festgelegten Zeitraum, gibt einen Einblick in die Zeitgeschichte“
Katharina Kohl, 2018

Titelbild: Das Labyrinth, Kunsthaus Nürnberg, 2019, unten: galerie postel, 2018, Fotos: DG. Reiß

Buchauszug
Seiten 129-149

Personalbefragung / Innere Sicherheit

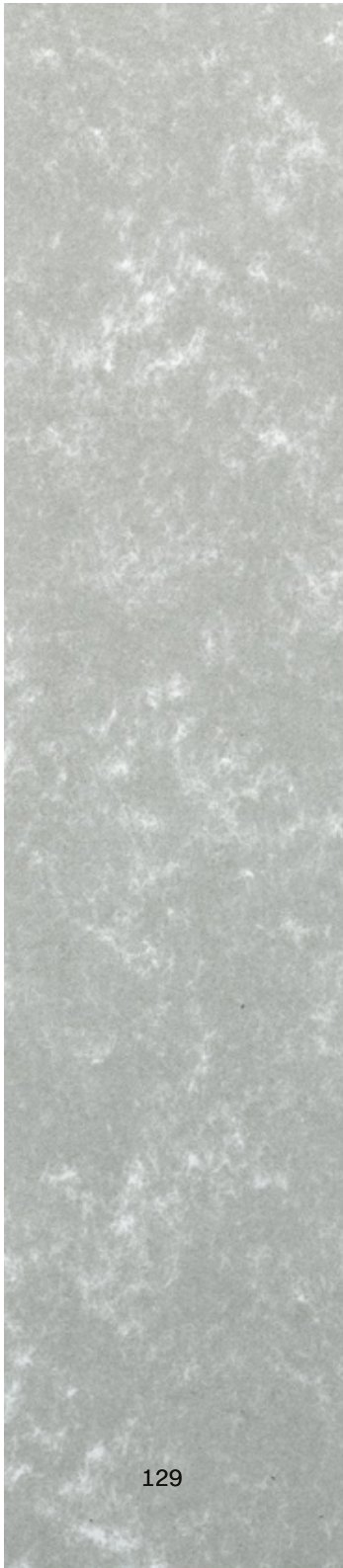
Revolver Publishing, Berlin 2020

180 Seiten, 21,5 x 15,3 cm
Broschur, Deutsch/Englisch
ISBN 978-3-95763-510-5

https://revolver-publishing.com/personalbefragung-innere-sicherheit.html

Bildarchiv
Chronologischer Index

Die Protagonisten der Personalbefragungen im Kontext *NSU*



In der Kaserne

1

Meine malerischen Befragungen beginnen mit einem Blick auf das Jahr 1994, als der Soldat Uwe Mundlos in der Kyffhäuser-Kaserne in Thüringen Stubenarrest bekommt. Nach einer Einlassung des Panzergrenadiers Mundlos entscheidet der Vorsitzende Richter des Truppengerichtes Süd, dass die Disziplinarmaßnahme ungerechtfertigt war, da Mundlos *„rechtsextreme Inhalte nur besessen, aber nicht verbreitet“* habe.[Bild 1]

14

Ein Oberst des Militärischen Abschirmdienstes wird später im Untersuchungsausschuss sagen: *„Der wehrpflichtige Rechtsextremist hat ja selten in der Truppe wirklich Propaganda gemacht. Der wollte sein Handwerk lernen.“*[Bild 14]

Der Militärische Abschirmdienst versucht Uwe Mundlos noch in der Kaserne anzuwerben.

„Am Urknall der Tragödie“

Artikelüberschrift von Andreas Speit,
in: TAZ, 9. September 2013

In den 1990er Jahren entstehen in Thüringen rechte Kameradschaften und offene Verbünde, die bald auch durch gewalttätige Aktionen auffällig werden. Bombenattrappen, Briefbomben und Gewalt gegen Andersdenkende verbunden mit der Ideologie des *führerlosen Widerstands* alarmieren verschiedene Sicherheitsbehörden.

20

Der Staatssekretär des Innenministeriums in Thüringen bezeichnet diese Umtriebe jedoch auch später noch als: *„Rechts-Links-Auseinandersetzungen und spontane Entwicklungen.“*[Bild 20]

Im Landeskriminalamt in Thüringen gibt es Polizisten, die um die Gefährlichkeit eines Teils der Szene wissen und zahlreiche Ermittlungen durchführen. Es gibt Sonderkommissionen und Zielfahndungsaufträge. Es werden Strategien entwickelt, die es möglich machen, die bereits begangenen Straftaten aufzuklären und vor Gericht zu bringen.[Bild 22]

22

Am 26. Januar 1998 werden in Jena mehrere Garagen durchsucht. In einer werden Rohrbomben, Waffen, Nazipropaganda und Adresslisten gefunden. Uwe Böhnhardt ist vor Ort. Das Amtsgericht Gera ist jedoch erst einen Tag später in der Lage einen Haftbefehl auszustellen. Für die Nutzer der Garage, Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe, ist Zeit genug, um unterzutauchen. Polizisten, die wussten, wie gefährlich die nun Verschwundenen waren, werden erst nach dem Einsatz informiert.

18

Der Oberstaatsanwalt von Gera[Bild 18] meint aber, dass man die drei schon finden werde. Er wollte damals *„auch keine öffentliche Hysterie lostreten“*, wie er später im Thüringer Untersuchungsausschuss sagen wird.

Die Plastiktüte aus dem Supermarkt

3

Erst am 12. Februar 1998 berichtet die Tagesschau, dass eine rechtsextreme Bombenwerkstatt in Jena ausgehoben worden sei. Das Bundeskriminalamt schickt insgesamt drei Beamte zur Auswertung der Asservate. Doch die Adresslisten in der Plastiktüte mit Kontaktadressen der möglichen Fluchthelfer, unter anderem in Chemnitz, bleiben liegen. Die Kontakte auf der Adressliste, die auch in diejenigen Städte führen, in denen das Trio später morden wird, werden nicht ermittelt.[Bild 3]

29

26

31

In dieser Zeit gibt es vielfältige Bemühungen die Flüchtigen zu finden. Bundesweit sind verschiedene Polizeidienststellen, Verfassungsschutzämter und auch das Bundesamt für Verfassungsschutz mit Sitz in Köln involviert. Im Rahmen der Fahndungsmaßnahmen, die auch über das Fernsehen erfolgen, gibt es ein Fahndungsfax des thüringischen Landeskriminalamtes. Das wird dem damaligen, langjährigen Polizeipräsidenten in Chemnitz im sächsischen Untersuchungsausschuss vorgehalten und er wird sagen: *„Das sehe ich zum ersten Mal.“* Bild 29

Quellenschutz

In Thüringen sind das Landesamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz schon seit Längerem sehr aktiv mit Verbindungspersonen in der wachsenden Szene unterwegs.Bild 26 und Bild 31 Dadurch kommen Gelder, der in diese V-Personen investierten Mittel, schließlich auch der rechten Szene und teilweise sogar den Untergetauchten zugute. So wurden zum Beispiel vom Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen Exemplare der vom Trio selbst gebastelten antisemitischen Version des Brettspiels *Monopoly (Progromly)* angekauft.

Im Spätsommer 1998 meldet schließlich eine Verbindungsperson dem Brandenburger Verfassungsschutz, dass das untergetauchte Trio sich bewaffnen wird. Die Weitergabe dieser Information an die Polizei unterbleibt aus Gründen des Quellenschutzes. Der V-Mann ist selbst tief in die rechte Szene verstrickt und erhält Hafterleichterung, Schutz und Fahrdienste, trotz nachweislich begangener schwerster Straftaten. Einer seiner damaligen V-Personen-Führer vom Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg, der ihn auf seinen Wegen zwischen Haftanstalt und Szene chauffierte, wird später Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz in Sachsen werden.Bild 25

In Sachsen, wo das untergetauchte Trio sich am längsten aufhält, findet der Verfassungsschutz noch im Jahr 2001 seine Zugangslage gut: *„Die Rechtsextremen sollen wissen, dass sie genau beobachtet werden. Unter den Augen der Polizei machen sie dann doch nicht alles.“* Bild 2

Ein Jahr später, 2002, äußert sich auch der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Bild 38 im Deutschlandfunk und bewertet die Erkenntnislage in der rechten Szene als *„sehr gut“*.

In dieser Zeit sind bereits vier Morde verübt worden. Eine Bombe ist in Nürnberg explodiert, eine in einem Kölner Lebensmittelgeschäft und hat dort einer jungen Frau fast das Leben gekostet.

Enver Şimşek und Abdurrahim Özüdoğru wurden in Nürnberg, Süleyman Taşköprü in Hamburg und Habil Kılıç in München am helllichten Tag erschossen.

Polizeiarbeit

Am 23. Juni 2003 stellte die Staatsanwaltschaft Gera die Ermittlungsverfahren gegen die drei Verdächtigen ein. Die Zielfahndung des Thüringer Landeskriminalamt wird heruntergefahren. Viele Ermittlungsansätze werden obsolet, alle Bemühungen einiger engagierter Ermittler waren vergeblich. Die Sonderkommissionen die in den 90er Jahre gegen Rechtsextremismus ermittelt hatten, waren schon vorher aufgelöst worden.

► Ausstellungsansicht mit Publikum,
„Das Labyrinth“, Kunsthaus, Nürnberg, 2019

25

2

38

33

36

7

37

Der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen meint: *„Bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus arbeiteten nach meiner Einschätzung in den letzten Jahren Landeskriminalamt (LKA) und Verfassungsschutz konstruktiv zusammen.“* Bild 33

In diesen Jahren werden in Nürnberg und anderswo die Angehörigen und das Umfeld der Mordopfer mit Anschuldigungen, Verdächtigungen und Abhörmaßnahmen überzogen. Bild 36 und Bild 7

Bombe

Als 2004 in der Keupstraße in Köln eine Nagelbombe explodiert, verkündet bereits am Folgetag der Bundesinnenminister, *dass, obwohl die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen seien, es sich nicht um einen terroristischen Hintergrund handeln würde, sondern mehr auf ein kriminelles Milieu hinweisen würde.*

Auf den Überwachungskameras sind die keineswegs türkisch aussehenden Täter mit ihren Fahrrädern zu sehen, trotzdem geraten die Bewohner der Keupstraße in eine Welle von Verdächtigungen, Anschuldigungen und Ermittlungen. Ein am nächsten Tag auftauchendes Flugblatt rechtsextremen Inhalts (Titel: *„Deutsche, wehrt euch!“*) wird vom Leiter der zuständigen Sonderkommission nicht als solches erkannt. Bild 37

Nachdem 2003 der Haftbefehl ausgesetzt worden war, sind die drei Flüchtigen aus Jena im Bundeskriminalamt dann nur noch über den Tatmittelmeldedienst suchbar. Eine Abfrage der Kriterien: männlich, Rechtsextremist, Sprengstoff (gemäß den Anhaltspunkten, die die Bilder der Überwachungskameras anboten) hätte möglicherweise zu den Dreien geführt. Der Präsident des Bundeskriminalamtes Bild 40 dazu im Untersuchungsausschuss des Bundestages: *„Dass über den Tatmittelmeldedienst man auf Mundlos, Müller und Zschäpe kommt, das habe ich überhaupt noch nie gehört.“*

40

Sprache

In Köln wird die Nagelbombe auf einem Fahrrad transportiert, auch bei einigen der Tatorte hatte es Beobachtungen von Männern mit Fahrrädern durch Zeuginnen und Zeugen gegeben.

Immerhin ansatzweise wird dieser Fahrradspur nachgegangen. Als eine Zeugin aus Nürnberg das Kölner Video sieht, erkennt sie die Männer vom Tatort in Nürnberg. Doch das reicht nicht. Im Protokoll ihrer Zeugenaussage wird ihre Feststellung *„Das ist er!“* zu *„eine gewisse Ähnlichkeit“* umgeschrieben werden. Eine geplante vergleichende Fallanalyse wird wieder verworfen. Der zuständige Staatsanwalt meint, der Nagelbombenanschlag sei ja keine gezielte Aktion in Richtung einer Einzelperson, es könnten *„nicht Äpfel mit Birnen verglichen werden.“* Und so verläuft auch dieser Ermittlungsansatz im Sande. Der Staatsanwalt meint noch heute, damals *„alles Menschenmögliche getan“* zu haben. Bild 17

In München sagt später im Untersuchungsausschuss der dort leitende Mordermittler Bild 39, dass er noch nie *„einen Neonazi auf einem Fahrrad“* gesehen hätte. Man habe die in Tatortnähe beobachteten Radfahrer *„zwar einbezogen“*, gefahndet worden sei aber zunächst nach dem Fahrzeug *„mit dem Mischling“*.

17

39

Befragung Nr. 36, A. Vögeler,
2017, Detail

Der damalige Staatssekretär im Innenministerium[Bild 8] lässt später im Untersuchungsausschuss hören, dass es ja schon irritierend gewesen sei, dass *„nicht deutlich wurde, warum jetzt gerade diese Opfer ausgewählt wurden. Ich glaube, in acht Fällen waren es türkischstämmige Gemüsehändler, in einem Fall ein griechischer.“* Alle migrantischen Opfer unter dem Begriff *„Gemüsehändler“* zu subsumieren spricht bereits eine deutliche Sprache. Seine Vermutung, dass es wegen *„der deutschen Historie“* bei neun ermordeten Polizisten aus politischen Gründen keinen Untersuchungsausschuss gegeben hätte, führt weiter in dieser Richtung.

Die Sprache, welche die Auswahl der Opfer spricht, wird hingegen nicht verstanden – oder ignoriert.

Zufälle

Am 6. April 2006, zwei Tage nach dem Mord an Mehmet Kubaşık in Dortmund, wird in Kassel der 21-jährige Halit Yozgat ermordet. Er ist der Letzte in dieser Serie, soweit bekannt.

Es hat viele Zufälle gegeben im Verlauf der Ermittlungen und der Taten, die ja immer am helllichten Tag ausgeführt wurden – wie leicht hätte es zu Beobachtungen durch Zeugen kommen können.

An diesem Tatort, einem Internetcafé in Kassel, gibt es eine Reihe von Zeugen – in den Telefonkabinen und an den verschiedenen Computerplätzen. Sie alle werden befragt, bis auf einen, der sich nicht meldet. Er wird später über einen Online-Chat ermittelt. Er ist Mitarbeiter des Hessischen Verfassungsschutzes und behauptet bis heute, nichts von der Tat mitbekommen zu haben.[Bild 34] Er wird verdächtigt und fühlt sich als das „angreifbarste Opfer“.

8

34

Doch die Unterstützung des Landesamtes für Verfassungsschutz ist groß und außer einer Versetzung in einen anderen behördlichen Bereich passiert ihm nichts. Das Amt wird mit großer *„Ruhe und Gelassenheit“* weitergeführt[Bild 15]. Er wird telefonisch betreut vom Geheimschutzbeauftragten des Amtes[Bild 10], der den Mitarbeiter Temme für unschuldig hält und das mit seinem *„Bauchgefühl“* begründet.

Die Vorgänge im Landesamt rund um den Kasseler Mord werden von einer internen Kommission des hessischen Innenministeriums untersucht. Teile dieses Untersuchungsberichtes werden für 120 Jahre gesperrt. Die Kommission leitet formal der Sohn[Bild 16] des ehemaligen Bundesinnenministers. Der Vater Wilhelm Kanthers, der nach der Vertreibung aus Schlesien in Thüringen lebte, in Marburg und Bonn studierte, hat sein Referendariat in Lüdenscheid absolviert. Vielleicht ist er dort ja dem Juristen Rainer Assmann[(Bild 1, S. 132)] begegnet, der die Geschichte Lüdenscheids erforscht und mit dem er die Begeisterung für Burschenschaften teilt.

„Die Welt zu Gast bei Freunden“

Motto der Fußballweltmeisterschaft 2006

Das Jahr 2006 ist ereignisreich, auch wenn es das letzte Jahr der Serie mit bekannt gewordenen Morden an Menschen migrantischer Herkunft ist. In Kassel gibt es eine große Demonstration bei der Freunde und Angehörige der Getöteten ihre Verzweiflung in die Öffentlichkeit tragen. Sie fordern: „Kein 10. Opfer“. Eine Fallanalyse aus Bayern deutet zum ersten Mal auf rechtsextreme Täter, zumindest auf Menschen, die „Türken hassen“.[Bild 13]

Befragung Nr. 19, L. Lingen (Tarnname), 2017, Detail

15

10

16

13

32

12

9

30

Im Hamburger Landeskriminalamt[Bild 32] wird diese Art der Analyse jedoch für unprofessionell befunden. Das Analyseverfahren war vom damaligen Hamburger Innensenator Udo Nagel, der von seinem Vorgänger Ronald Schill zum Polizeipräsidenten Hamburgs ernannt worden war, noch während seiner Zeit im Polizeipräsidium München initiiert worden.

Es war geplant, dass das Bundeskriminalamt die Fallserie übernehmen sollte. Rund um die Innenministerkonferenz in Garmisch-Partenkirchen im Mai 2006, gibt es Vorstöße in diese Richtung. Doch der Fallkomplex verbleibt weiter in Bayern und es wird nie wirklich geklärt werden, woran es im Einzelnen scheitert. Das Bundeskriminalamt[Bild 12] muss sich mit einem eingeschränkten Ermittlungsauftrag zur Tatwaffe zufrieden geben.

Im Sommer 2006 vergibt die Besondere Aufbauorganisation mit Namen Bosporus einen erneuten Auftrag für eine Fallanalyse an das bisher unbeteiligte Landeskriminalamt in Baden-Württemberg. In dieser heißt es: *„Vor dem Hintergrund, dass die Tötung von Menschen in unserem Kulturkreis mit einem hohen Tabu belegt ist, ist abzuleiten, dass der Täter (...) weit außerhalb des hiesigen Normen- und Wertesystems verortet ist.“*[Bild 9]

Da ist das Sommermärchen (*Die Welt zu Gast bei Freunden*) schon zu Ende. Kurz darauf, im August 2006, gibt es einen Versuch der Bundesanwaltschaft, die Übernahme des Verfahrens zu prüfen, was aber nach Prüfung von vier Presseartikeln und zwei Berichten auf der Webseite des Bundeskriminalamtes abschlägig beschieden wird.[Bild 30]

Weiße Flecken

Auf der damals nicht ausgewerteten Liste aus der Durchsuchung der Garage Anfang 1998 gibt es viele Bezüge nach Ludwigsburg, das nur 37 Kilometer von Heilbronn entfernt liegt. Dort wird die aus Thüringen stammende Michèle Kiesewetter 2007 ermordet. Ihr Polizeikollege Martin Arnold überlebt den Mordanschlag. Schwäbisch-Hall, der frühere Hauptsitz eines deutschen Ku-Klux-Klan-Ablegers, liegt nicht weit entfernt. Mehrere Polizeibeamte waren dort Mitglieder. Einer wird Gruppenleiter jener Einheit, zu der die ermordete Polizistin gehörte.[Bild 11] Ein weiterer Polizist, ebenfalls ehemaliges Mitglied des Ku-Klux-Klan-Ablegers, taucht als einer der ersten am Tatort auf.

Der Präsident[Bild 28] des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg bekennt sich gelassen zu den *„weißen Flecken“* auf der Landkarte seines Amtes.

Auch die Tat in Heilbronn wird mitten am Tag verübt. Hier gibt es eine Reihe von Zeugenaussagen, doch die Ermittlungen richten sich auf eine Gruppe serbischer Roma. Die Phantombilder, die nach den Aussagen der zahlreichen Zeugen erstellt werden, bleiben unter Verschluss. Eine Veröffentlichung wird von der Staatsanwaltschaft[Bild 24] untersagt. Stattdessen wird zwei Jahre lang einem echten Phantom hinterhergejagt werden – einer DNA, die von verunreinigten Wattestäbchen herrührt.

Weitere zwei Jahre vergehen bis der damalige Generalstaatsanwalt[Bild 27] in Stuttgart kurz nach dem Fund der Heilbronner Polizeidienstwaffe in Eisenach überzeugt ist, dass die Tat dem NSU-Trio zuzuordnen ist. Im Telefoninterview mit dem Südwestrundfunk sagt er am 8. November 2011: *„Solche Waffen gibt man nicht weiter.“*

11

28

24

27

23

19

5

6

„Hauptsache, es macht peng!“

Artikelüberschrift von Nils Minkmar, in: FAZ, 20.11.2011

Der 4. November 2011 markiert den Wendepunkt der Ermittlungen: Eine Bank wurde überfallen, ein Wohnmobil brennt, es gibt zwei Tote, Waffen werden gefunden, ein Bekennervideo taucht auf, Täter werden identifiziert.

Die Komplexität des Geschehens bündelt der Einsatzleiter für den pannenbehafteten Einsatz in Eisenach später mit dem lapidaren Satz: *„Man tut was man kann.“* Bild 23

Wenige Tage später, am 11. November 2011, werden im Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln Akten geschreddert. Öffentlich bekannt wird das erst im Juni 2012. Der zuständige Abteilungsleiter wird dann schnell aus der Schusslinie genommen, der Präsident des Amtes geht in Ruhestand, der für die Schredderaktion verantwortliche Referatsleiter Bild 19 wird ins Bundespräsidialamt versetzt.

Ein zur Aufklärung eingesetzter Sonderermittler aus dem Bundesinnenministerium wird öffentlich bedauern, dass er nicht *„mit absoluter Wahrscheinlichkeit sagen kann, was es möglicherweise alles noch gäbe“* – wenn die Akten nicht geschreddert worden wären. Es wird nicht lange dauern, bis er vom Ministerialdirektor zum Staatssekretär befördert wird. Bild 5

Die *graue Eminenz* im Bundesinnenministerium Bild 6 wird am 18. Oktober 2012 im Untersuchungsausschuss des Bundestages den in Folge oft zitierten Satz sagen: *„Es dürfen keine Staatsgeheimnisse bekannt werden, die ein Regierungshandeln unterminieren.”*

◂ Ausstellungsansicht mit Publikum,
„Das Labyrinth“, Kunsthaus, Nürnberg, 2019

Der damals amtierende Bundesinnenminister Friedrich setzt im Februar 2012 eine Untersuchungskommission ein, welche die organisatorischen und strukturellen Defizite, die zum Versagen geführt haben, untersuchen soll. Ein Mitglied dieser Bund-Länder-Kommission ist der ehemalige Hamburger Verfassungsschutzpräsident und kurzzeitige Innensenator Heino Vahldieck. Bild 35

Im April 2013 wird diese Kommission in ihrem Fazit bezweifeln, dass: *„bei frühzeitiger Anwendung ihrer ex post entwickelten Vorschläge ein schnellerer Aufklärungserfolg erzielt worden wäre oder gar nachfolgende Straftaten hätten verhindert werden können. Sie hofft aber zuversichtlich, dass nach Umsetzung ihrer Vorschläge Fehler der Vergangenheit sich zukünftig nicht wiederholen werden.“*

Am 5. Oktober 2017 wird der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz vor dem parlamentarischen Kontrollgremium die Fehler der Vergangenheit beschreiben. Bild 21 Im Wortlaut Hans-Georg Maaßen: *„Beim NSU hatte ich, (...) die Feststellung gemacht, dass ein Großteil der Informationen im Zusammen*hang mit dem Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus *in Thüringen und in den neuen Ländern meinem Haus gar nicht bekannt war. (...) wir waren eigentlich auch nicht in der Lage gewesen als Zentralstelle die Fäden zusammenzuziehen, (...).“*

Hat er: *„Nichts hören, nichts sehen, nichts können“* gesagt?

35

21

Befragung Nr. 16, W. Kanther,
2015, Detail

Inzwischen war im Untersuchungsausschuss des Bundestages öffentlich geworden, dass das Schreddern der Akten des Bundesamtes für Verfassungsschutz doch mit Vorsatz geschehen war. Akten aus dem Jahr 2014 des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen waren zu diesem Zeitpunkt bereits für 120 Jahre als geheim deklariert worden. Die meisten Untersuchungsausschüsse sind beendet.

In dem am 6. Mai 2013 begonnenen Prozess in München gegen Beate Zschäpe und vier weitere Mitangeklagte wurde am 11. Juli 2018 das Urteil gesprochen.

Bundesanwalt Herbert Diemer[Bild 4] resümiert in seinem Schlussplädoyer vor dem Gericht in München auch über eventuelle Ermittlungsfehler staatlicher Stellen: *„Mögliche Fehler staatlicher Behörden aufzuklären, ist eine Aufgabe politischer Gremien. Anhaltspunkte für eine strafrechtliche Verstrickung von Angehörigen staatlicher Stellen sind nicht aufgetreten. Wären sie aufgetreten, wären sie in gesetzlich vorgesehener Weise aufgeklärt [oder ermittelt] worden.“*

Zu den kritischen Stimmen (insbesondere zum Tatmotiv Heilbronn) erklärt er: *„Alle anderen Spekulationen selbst ernannter Experten, die so tun, als habe es die Beweisaufnahme nicht gegeben, sind wie Irrlichter, sind wie Fliegengesumme in den Ohren.“*

4